

d) Der Einfluss der Regierung

Dem Staat ist durch die Verfassung die Förderung der gesamten Volkswohlfahrt als oberste Staatsaufgabe zugewiesen worden.⁷¹ Zur Erreichung dieses Ziels stehen dem Staat verschiedene Instrumentarien zur Verfügung. Zum einen kann er bestimmte Verhalten durch staatlich auferlegte Lasten und Gebote veranlassen, die in beliebigen Rechtsnormen⁷² enthalten sind, zum anderen kann er rechtlich frei gewähltes Verhalten durch finanzielle Zuwendungen⁷³ unterstützen und prämiieren.

Mit den staatlichen Subventionen steht dem Staat ein mit grosser Elastizität zu handhabendes Instrument der Einflussnahme auf rechtlich frei gewähltes Handeln der Gemeinden zur Verfügung. Die Gemeinden müssen, um bei primär selbst gewählten Aktivitäten in den Genuss staatlicher Mitfinanzierung zu gelangen, gewisse Voraussetzungen erfüllen und gewisse Verpflichtungen eingehen, die sich im Ergebnis oft nicht von anderem staatlich auferlegten Verhalten unterscheiden. Allerdings steht es den Gemeinden frei, sich den Subventionsbedingungen und -auflagen zu unterwerfen, während in anderen Fällen ein Verhalten zwingend vorgeschrieben ist.

Im Fürstentum Liechtenstein besteht der Typ eines unmittelbar durch Rechtssatz begründeten Subventionsverhältnisses zwischen dem Staat und den Gemeinden.⁷⁴ Den Gemeinden steht ein Anspruch auf Subventionierung im Rahmen der staatlichen Haushaltsmittel dann zu, wenn sie die Voraussetzungen zur Beitragsausrichtung nach dem Subventionsreglement erfüllen. Umgekehrt hat dies zur Folge, dass dem Staat keine Befugnis zukommt, die im Subventionsreglement enthaltenen Auflagen und Bedingungen oder die Höhe der Subventionen zu modifizieren. Zur näheren Verdeutlichung seien einzelne dieser unmittelbar durch Rechtssatz begründeten Subventionsverhältnisse aufgezeigt.

⁷¹ Art. 14ff. Verf.

⁷² Gesetze, Verordnungen, Richtlinien.

⁷³ Subventionen.

⁷⁴ Vgl. Rhinow, S. 166f.